Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/396
25.04.2007

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

31. Sitzung (öffentlich)

25. April 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:45 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung verständigt sich der Ausschuss auf Wunsch der CDU-Fraktion darauf, die in der Sitzungseinladung E 14/687 unter Punkt 8 aufgeführten Unterpunkte zu eigenständigen Tagesordnungspunkten zu erheben. Danach wird der Unterpunkt b) zu TOP 8, der Unterpunkt a) zu TOP 9 und der Unterpunkt c) zu TOP 10. Angefügt wird TOP 11 „Verschiedenes“. 7

1 2. Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zu dem Projekt „Selbstständiges Wohnen behinderter Menschen - Individuelle Hilfen aus einer Hand“ 8

Vorlagen 14/952 und 14/1032
Zuschrift 14/876

Der Sprechzettel von StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS) ist *Anlage 1* zu entnehmen.

Der Ausschuss ist an weitergehenden Erkenntnissen des Ministeriums beispielsweise über Zielvereinbarungen interessiert.

Seite

2 Den Menschen in den Mittelpunkt stellen - Psychiatrieversorgung in NRW weiterentwickeln und ganzheitlich ausrichten 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2105 - Neudruck -

In Verbindung damit:

Psychische Erkrankungen frühzeitig erkennen und behandeln - durch verstärkte Aufklärung und niedrigschwellige Angebote zur Entstigmatisierung beitragen

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2415

Ausschussprotokoll 14/345

- erste Auswertung der öffentlichen Anhörung vom 31. Januar 2007

Der Vorsitzende will es bei dieser ersten Auswertung der Anhörung belassen. Auf der nach der Sitzung beginnenden Informationsreise einer Delegation des Ausschusses nach Wien sollen die Gemeinsamkeiten in dieser Frage ausgelotet werden.

3 Mehr Zuwendung für pflegebedürftige Menschen durch Entbürokratisierung 22

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1984

In Verbindung damit:

Mehr Zeit für die Pflege - bürokratischen Aufwand vermeiden - Heimgesetz zeitgemäß neu ausrichten!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2409

In Verbindung damit:

Reform des Heimgesetzes auf Landesebene muss Interessen der Pflegebedürftigen stärker berücksichtigen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2410

Seite

Ausschussprotokoll 14/321

Vorlage 14/1017

Der Sprechzettel von StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS) ist *Anlage 2* zu entnehmen.

Der Ausschuss geht entsprechend der Zusicherung von Herrn MDgt Ullrich Kinstner (MAGS) davon aus, dass die Landesregierung die Diskussion über die Eckpunkte im Ausschuss widerspiegeln wird.

4 Passivraucherschutzgesetz (PSG NRW) 25

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3673

- Beschluss einer Anhörung gemäß § 56 GeschO LT

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die in § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags vorgesehene Frist zu verkürzen und am 18. Mai 2007 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum Entwurf der Fraktion der SPD für ein Passivraucherschutzgesetz (PSG NRW) Drucksache 14/3673 durchzuführen.

5 Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHGG NRW) 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3958

- Beschluss einer Anhörung gemäß § 56 GeschO LT

Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 15. August 2007 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum Entwurf der Landesregierung für ein Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHGG NRW) Drucksache 14/3958 durchzuführen.

Seite

6 Regelsatzhöhe wegen der Mehrwertsteuererhöhung anpassen 27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3644

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/3644 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen ab.

7 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774

Ausschussprotokoll 14/369

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2774 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen zu.

8 Anhörung von Sachverständigen zur „Novellierung AG-SGB II“ am 22. Mai 2007 29

Die Opposition übt Kritik an der Vorgehensweise der Landesregierung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 22. Mai 2007 eine Anhörung zur Novellierung des AG-SGB II durchzuführen.

9 Expertengespräch zum Antrag „Pflegenotstand verhindern - Wiedereinführung der Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung“ Drucksache 14/3480 am 16. Mai 2007 31

Der Ausschuss beschließt, am 16. Mai 2007 ein Expertengespräch zum Antrag „Pflegenotstand verhindern - Wiedereinführung der Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung“ Drucksache 14/3480 durchzuführen.

Seite

10 Anhörung von Sachverständigen zur „Reform der Versorgungsverwaltung“ am 12. Juni 2007 31

Der Ausschuss beschließt, am 12. Juni 2007 eine Anhörung von Sachverständigen zur „Reform der Versorgungsverwaltung“ durchzuführen.

11 Verschiedenes 32

Das Ministerium sagt zu, dem AGS-Ausschuss in der nächsten Sitzung mitzuteilen, ob Nordrhein-Westfalen sich an dem bundesweiten Benchmarking zum Thema Maßregelvollzug der Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger Psychiatrischer Krankenhäuser beteiligen wird.

*****

8 Anhörung von Sachverständigen zur „Novellierung AG-SGB II“ am 22. Mai 2007

Vorsitzender Günter Garbrecht verweist auf die mit Schreiben vom 3. April 2007 zugegangene Übersicht, aus der die von den Obleuten vereinbarten Termine für Anhörungen und Expertengespräche hervorgingen. Entsprechend der Verständigung im Vorfeld dieser Sitzung wolle der Ausschuss dem Wunsch der Kommunen einvernehmlich entsprechen, das Gesetzgebungsverfahren zu diesem Entwurf, der erst Anfang Mai ins Plenum eingebracht werde, mit Blick auf die Auszahlungstermine noch vor der Sommerpause abzuschließen. Der Ausschuss möge aus Termingründen schon jetzt die Anhörung zu diesem Gesetzentwurf am 22. Mai beschließen. Nach der Auswertung am 6. Juni könne das Gesetz dann im letzten Plenum vor der Sommerpause 2007 verabschiedet werden.

Barbara Steffens (GRÜNE) kritisiert, dass das Parlament vom Kabinett, das den Gesetzentwurf vor der Osterpause beschlossen habe, wieder einmal unter Druck gesetzt werde, schnell eine Anhörung durchzuführen und die Fristen für die kommunalen Spitzenverbänden in einer so wesentlichen Frage zu verkürzen. Der Städtetag zum Beispiel sei sehr erbost darüber, dass ihm nur sehr wenig Zeit für die Stellungnahmen bleiben solle. Der Ausschuss müsse sich insofern grundsätzlich darauf verständigen, dass eine solche Entscheidung eine Ausnahme bleibe. Das Kabinett habe, wenn es gewisse Fristen durchsetzen wolle, Gesetzentwürfe rechtzeitig zu beschließen. Es dürfe sich nicht Zeit lassen, die dem Parlament dann hinterher fehle. Das habe die damalige Opposition der damaligen Landesregierung nicht durchgehen lassen, das werde auch die jetzige Opposition der neuen Landesregierung nicht durchgehen lassen.

Sie wolle eine rechtssichere Entscheidung sichergestellt wissen, so die Abgeordnete weiter, und bitte daher um Auskunft, ob der Vorratsbeschluss über die Durchführung einer Anhörung, der in dieser Sitzung gefasst werden solle, nach der Einbringung des Gesetzentwurfs im Plenum in einer weiteren Ausschusssitzung bestätigt werden müsse. Laut Geschäftsordnung liege der Entwurf dem Ausschuss formal noch gar nicht vor.

Rainer Schmeltzer (SPD) schließt sich der Kritik seiner Vorrednerin an und fügt hinzu, die Landesregierung sei nicht mehr neu, sondern seit fast zwei Jahren im Amt, sodass sie ihre Hausaufgaben inzwischen beherrschen sollte. Da die Landesregierung in der Tat nicht zum ersten Mal und auch nicht nur den AGS-Ausschuss betreffend so vorgehe, sei zu befürchten, dass sich das Ganze bei einem schnellen „Durchwinken“ wiederholen werde.

Wenn er dem Vorschlag des Vorsitzenden dennoch folge, so der Redner, dann nicht, um der Landesregierung die Möglichkeit zu geben, den Entwurf des SGB-II-Ausführungsgesetzes, das unter anderem die Termine für die Auszahlung an die Kommunen regele, durch das Gesetzgebungsverfahren zu „jagen“, sondern ausschließlich deshalb, weil die Kommunen, die das Geld eingeplant hätten, nicht unter dem schlechten Stil, der schlechten Terminierung der Landesregierung leiden dürften.

Vorsitzender Günter Garbrecht erklärt, der Vorratsbeschluss über die Durchführung einer Anhörung zu dem Gesetzentwurf müsse nach der Überweisung durch das Plenum formell vom Ausschuss bestätigt werden. Mit dem Vorratsbeschluss wäre man in der Lage, dem Kreis der Anzuhörenden so früh wie möglich anzukündigen, wann die Anhörung stattfinden solle. Den Gesetzentwurf, der sich derzeit im Druck befinde, könne man beifügen, da eine Reihe von kommunalen Vertretern keine Kenntnis von den Vorentwürfen hätten. Fragen für die Anhörung sollten noch gesondert erörtert werden.

Ungeachtet seines Vorschlags schließe auch er sich der Kritik an der Landesregierung an, so der Vorsitzende. Er habe die Entstehung des Gesetzentwurfs verfolgt und wisse, dass die aktuelle Fassung seit mindestens einer Woche bekannt sei. Laut Geschäftsordnung müsse der Entwurf den kommunalen Spitzenverbänden sofort nach der Referentenanhörung zugeleitet werden. Wenn die Regierung die Beratungsfrist verkürzen wolle, sollte sie auch das Klima unter den Beteiligten im Blick haben.

Entsprechend dem Vorschlag der Obleute beschließt der **Ausschuss** einstimmig, am 22. Mai 2007 eine Anhörung zur Novellierung des AG-SGB II durchzuführen.

Er bedanke sich auch im Namen von Minister Laumann ausdrücklich für das hier praktizierte kollegiale Verhalten, betont **StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS)** abschließend.